

Reichsführer des deutschen Handels über in Zürich ausgeführt, genau so wie die Schweiz sei auch Deutschland bereit, alle auftretenden Probleme in den Beziehungen beider Völker zueinander im Geiste gegenseitigen Verständens, wirtschaftlicher Vernunft und gesunden Menschenverstandes zu lösen. Deutschland lege nicht nur ganz allgemein großen Wert darauf, einen starken Außenhandel nach gesunden Prinzipien aufzubauen, sondern insbesondere in lebhafteste Austauschbeziehungen mit den übrigen industriellen Ländern zu treten. Bei diesem Austausch käme es keineswegs auf die Höhe des Saldos, sondern vornehmlich auf die Größe des Außenhandelsvolumens an. Deutschland erkenne gern an, daß die Schweiz den besonderen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten des Außenhandels ein erfreuliches Verständnis entgegenbringe. Deutschland habe auch seinerseits im Rahmen des nur irgendwie Möglichen alles getan, um den Ansprüchen seiner Gläubigerländer gerecht zu werden. Es habe ebenso wie die Schweiz ein Verlassen des Goldstandards als eine unfaire Methode verurteilt, die lediglich geeignet sei, die Ausfuhr seiner Gläubigerländer zu schädigen. Deutschland wolle auch jetzt trotz seiner schwierigen handelspolitischen Lage auf keinen Fall irgendwelche weltfremden Wirtschaftsexperimente machen. Die hier wiederholte Abjage an alle Abwertungsgedanken ist von Dr. Schacht her bereits bekannt. Sie wird auch in der Schweiz geteilt, obwohl der Schweizer Franken in der letzten Zeit unverkennbar unter Druck stand. Neue Meldungen zeigen, wie konsequent die führenden Stellen gegen alle Experimente auftreten. Der Schweizer Bundesrat hat z. B. auf den Antrag, in Biel versuchsweise ein Frei- oder Schwundgeld einzuführen, erwidert, er sei nicht befugt, einen solchen Versuch zu gestatten; dazu wäre eine Verfassungsänderung nötig. Auch in Frankreich ist trotz aller Schwierigkeiten die Absicht, am Goldstandard festzuhalten, unerschütterlich.

Bei den Besprechungen in Basel handelt es sich jetzt zunächst um interne Verhandlungen vor allem unter den Vertretern von Holland, der Schweiz, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es geht in erster Linie um die Regelung der mittel- und langfristigen deutschen Auslandsschulden. Die Verhältnisse liegen ja hier durchaus nicht in aller Beziehung übereinstimmend. Wie der Kölnischen Volkszeitung aus Basel gemeldet wurde, wollten die Vertreter der ausländischen Gläubigerkomitees vorerst eine Annäherung der stark auseinandergehenden Wünsche und Auffassungen zwischen den Gläubigergruppen der einzelnen Länder herbeizuführen versuchen. »England und die Vereinigten Staaten erblicken in den deutschen Sonderabkommen mit der Schweiz und Holland eine Diskriminierung ihrer Gläubiger. Die Schweiz und Holland weisen demgegenüber darauf hin, daß sie sich den vollen Transfer ihrer Zinsen durch zusätzliche Einfuhr aus Deutschland selbst ermöglichen, und daß im Gegenteil sie durch die 67prozentige Honorierung der angelsächsischen Scrips bei nur 50prozentiger Honorierung ihrer eigenen Scrips diskriminiert würden. Meinungsverschiedenheiten zwischen den kontinentalen und angelsächsischen Gruppen bestehen auch hinsichtlich einer Konversion der deutschen Anleihen. Während namentlich die Schweiz einer generellen Zinsherabsetzung widerstrebt, scheinen die Vereinigten Staaten und England geneigt zu sein, in eine Zinsherabsetzung um mehrere Prozent einzuwilligen, wenn Deutschland den Transfer der Restzinsen garantieren könnte. Da dies für Deutschland bei der gegenwärtigen unübersichtlichen Devisenlage unmöglich ist, scheint von amerikanischer Seite daran gedacht zu werden, Deutschland einen Transfer der herabgesetzten Zinsen durch Gewährung eines größeren Überbrückungskredits, der als Finanzierungskredit für Rohstoffeinfuhren aus den Vereinigten Staaten gedacht ist, zu erleichtern, wobei die Erwägung mitspielt, daß die deutsche Auslandsschuld sich in den letzten Jahren um mehr als 12 Milliarden Mark verringert hat.« Auslandsmeldungen, wonach Schacht mit den Amerikanern über die Aufnahme eines deutschen Rohstoffkredits hauptsächlich für den Einkauf von Baumwolle zu verhandeln beabsichtige, dürften eher auf einem Wunsch der amerikanischen Baumwollexportinteressenten zurückzuführen sein, als daß es sich um deutsche Absichten handeln könnte. Immerhin ist nicht zu übersehen, daß die deutsche Verarbeitung in den letzten Jahren durchschnittlich etwa 10 Prozent der amerikanischen Baumwollausfuhr aufgenommen hat. Auch sonst zeigt sich das

Gewicht des deutschen Rohstoffbedarfs. Man muß auf den guten Kunden Rücksicht nehmen. Wie der Deutschen Allgemeinen Zeitung gemeldet wurde, ist z. B. auch die Londoner Wollauktion wegen der deutschen Rohstoffbestimmungen vom 24. April auf den 1. Mai verschoben worden. Der Anteil der deutschen Käufe auf den Londoner Versteigerungen dürfte sich zwischen ein Viertel bis ein Drittel der Umsätze bewegen. Jedenfalls muß die Frage der deutschen Rohstoffversorgung im Zusammenhang mit dem Schuldenproblem bereits auf der Basler Vorkonferenz eine nicht unwichtige Rolle spielen. Nach der grundsätzlichen Aussprache der ausländischen Gläubiger wollte Reichsbankpräsident Dr. Schacht an den Verhandlungen teilnehmen und gegebenenfalls zwei Direktoren der Reichsbank zu diesen Besprechungen hinzuziehen. Es sollen hierbei alle grundsätzlichen Fragen der deutschen Schuldenregelung und des Transfers erörtert werden, sodas gegebenfalls die Berliner Konferenz, die für die zweite Aprilhälfte in Aussicht genommen ist, nur mehr die technische Seite des Problems zu behandeln hätte. Am Sonntag waren auch die europäischen Notenbankleiter in Basel versammelt. Auch die offizielle Zusammenkunft der Notenbankleiter, die der Verwaltungsrats-sitzung der BZB. vorauszu gehen pflegt, sollte sich, im Gegensatz zu der eigentlichen Verwaltungsrats-sitzung der BZB., die sich mit dem Schuldenproblem nicht zu befassen hat, diesmal eingehend mit der Frage der Regelung der deutschen Auslandsschuld, die ein Problem von größter Bedeutung für die Gesamterholung der Weltwirtschaft ist, beschäftigen. Dadurch sollte auch eine wichtige Voraussetzung dafür gegeben sein, daß die Frage der Behandlung der deutschen Auslandsschuld aus einem allzuengen Rahmen der Auseinandersetzung zwischen den unmittelbar interessierten ausländischen Gläubigergruppen und dem Schuldnerland in die Erfordernisse eines gesunden weltwirtschaftlichen Wiederaufbaues gehoben werden kann. Es sei hier daran erinnert, daß man in Amerika jetzt wieder von einer allgemeinen Weltwirtschaftskonferenz gesprochen hat. Die Vollmachten, die sich Roosevelt vom Kongreß für eine selbständige Handhabung der Tarifpolitik hat geben lassen, konnten darauf schließen lassen, daß jetzt bessere Voraussetzungen als vor einem Jahr für internationale Abmachungen gegeben sind. Wie weit sich die Probleme erstrecken, die in diesem Zusammenhang auftauchen, zeigte kürzlich ein Vortrag von Tennant-London in der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Weßel, nach dem die Silberfrage, wenn eine neue internationale Konferenz über Währungsreform in der nahen Zukunft zustande kommt, eine bedeutende Rolle spielen wird. Diese Frage sollte von großem Interesse für Deutschland sein, da es nicht nur der größte Produzent von Silber in Europa ist, sondern es auch bedeutende Reserven von Silber in Münzen und Barren hat. Eine Erweiterung der Metallbasis durch Einschließen von 10 oder 20 Prozent Silber in die Goldbestände der Reserven der Zentralbanken würde viele Vorteile bringen. Es würde dazu beitragen, die Preise in den Goldstandardländern zu steigern, die örtlichen Geldverhältnisse zu festigen und den Handel mit China zu verbessern. Die meisten dieser Fragen sind schon von der Weltwirtschaftskonferenz des vorigen Jahres her bekannt und stehen seit langem zur Erörterung. Wie sie zur Lösung gebracht werden, bleibt abzuwarten. Es scheint aber so, als ob die erkennbar werdende allgemeine größere Aktivität mehr ist als bloße Geschäftigkeit. Wenn die Rüstungsdiskussion nicht erfolglos ausgeht — und auch hier scheinen ja günstigere Anzeichen bemerkbar zu werden —, sondern von der politischen Seite her die Besserung der Lage, die durch die deutsch-polnische Verständigung eingeleitet worden ist, vertieft wird, so könnten sich der Wirtschaft wirklich bessere Zeiten nahen. Die bedenkliche Entwicklung, die der deutsche Außenhandel in den letzten Monaten genommen hat, würde ja dann ebenfalls bedeutungslos werden und alle Sorgen für die erfolgreiche Weiterführung der Arbeitsschlacht werden sich von selber beheben.

Der Arbeitssieg des verfloßenen Winters wird nach und nach in seiner ganzen Bedeutung immer genauer übersehbar. Eingehende Erhebungen haben folgendes Bild erbracht: Von den 475 000 Volksgenossen, die im Laufe der Wintermonate wieder zu Arbeit und Brot gekommen sind, haben 235 000 Mann in sogen. zusätzlicher Arbeit Beschäftigung gefunden. 240 000 Mann hin-